Szene aus dem Länderspiel Deutschland–Frankreich vom 14. November

TIMO ROOTHUIS / WITTERS

Deutsche Bank

Zweikampf um die Adler-Brust

Der Finanzkonzern will die Commerzbank als Premiumsponsor der Nationalmannschaft ablösen.

Um ihr ramponiertes Image aufzupolieren, will die Deutsche Bank Sponsor der Fußballnationalmannschaft werden. Bisher ist der Erzrivale Commerzbank Premiumpartner des Deutschen Fußball-Bunds (DFB) – neben der Post, der Telekom, SAP, Bitburger und Coca-Cola. Die Commerzbank darf für einen jährlich hohen einstelligen Millionenbetrag mit der Truppe von Bundestrainer Joachim Löw sowie der Frauenmannschaft werben. Allerdings läuft der Vertrag im Dezember nächsten Jahres aus. Bis Ende 2017 nimmt der DFB Angebote von Interessenten aus der Finanzbranche entgegen, nur einer wird den Zuschlag erhalten.

Die Commerzbank, seit 2008 an Bord, würde gern verlängern, die Deutsche Bank will erstmals einsteigen. Das Institut hatte den Volkssport Fußball jahrzehntelang gemieden, aber kürzlich auch mit der Frankfurter Eintracht einen Vertrag als Premiumpartner abgeschlossen. Mit der PR-Offensive will der Konzern offenbar Verbundenheit mit dem deutschen Markt dokumentieren und das Bild einer angelsächsisch geprägten Investmentbank korrigieren. Die Strahlkraft der Nationalmannschaft will auch der angeschlagene VW-Konzern nutzen, er löst Mercedes-Benz als Generalsponsor des DFB ab. baz

Lufthansa

Aufsichtsrat dringt auf Entscheidung

Nun greift auch der Aufsichtsrat der Deutschen Lufthansa in den Poker um die Air-Berlin-Tochter Niki ein. Das Gremium hat auf seiner Sitzung am vergangenen Dienstag den Kurs von Unternehmenschef Carsten Spohr gegenüber der EU-Kommission ausdrücklich unterstützt. Die Brüsseler Behörde will bis zum 21. Dezember entscheiden, ob die Lufthansa auch den österreichischen Ableger Niki übernehmen darf. Stimmt die Kommission nicht zu oder verfügt sie eine längere Prüfung, will Spohr den Betrieb nicht mehr alimentieren. Die Fluglinie müsste dann Insolvenz anmelden, außerdem würde die Lufthansa den vereinbarten Kaufpreis von rund 200 Millionen Euro nicht bezahlen; aus dem Erlös sollte der staatliche Überbrückungskredit vom August in Höhe von 150 Millionen Euro beglichen werden. Politiker in Berlin warnen schon, Spohr dürfe Niki nicht fallen lassen. Jetzt aber stellen die Aufsichtsräte der Deutschen Lufthansa klar, dass der Vorstand Niki auf keinen Fall weiter unterstützen dürfe, sollte die EU-Kommission ein vertieftes, über 90 Werktage langes Verfahren anordnen. Eine Weiterfinanzierung mit ungewissem Ausgang, so die Begründung, verstoße womöglich gegen Auflagen im Aktiengesetz. did